

Erklärung von Klaus Kinkel am Europäischen Rat in Turin (29. März 1996)

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 35, Nr. 07.05.1996. Bonn: Deutscher Bundesverlag.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_klaus_kinkel_am_europaischen_rat_in_turin_29_marz_1996-de-cf512aca-ef65-4bfa-bda0-50a053b05a7c.html

Publication date: 05/09/2012

Erklärung des Bundesaußenministers, Europäischer Rat in Turin - Sondertagung der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 29. März 1996

Der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, gab anlässlich der Eröffnung der Regierungskonferenz 1996 am 29. März 1996 in Turin folgende Erklärung ab:

Mit dieser Konferenz beginnt eine entscheidende Phase europäischer Weichenstellungen. Sie werden das Leben unserer Bürger bis weit ins nächste Jahrtausend bestimmen. Im Maastricht-Vertrag haben wir uns zur "Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas" verpflichtet. Dies in der tiefen Überzeugung, daß so die Zukunft der Menschen in Europa am besten aufgehoben ist.

Unser Ziel ist kein starrer zentralistischer Superstaat, sondern ein lebendiger, dezentraler und bürgernaher Bund der Nationen und Regionen; ein Europa nicht der Gleichmacherei, sondern der Gemeinsamkeit in der Vielfalt; nicht der Abschottung und des Protektionismus, sondern der Weltoffenheit, der Toleranz und des Wettbewerbs. Nur so wird es uns gelingen, die Hoffnungen und Wünsche unserer Bürger mit den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts in Einklang zu bringen. Und nur so wird Europa in dieser neuen Welt einen Platz einnehmen, der seinen großen geistig kulturellen Traditionen entspricht.

Niemand anders als die Mitgliedstaaten der Europäischen Union können den Prozeß der europäischen Einigung voranbringen. Seien wir uns bewußt: Die hier versammelten 15 Staaten handeln als Treuhänder des ganzen Europa, insbesondere der Staaten, die über vier Jahrzehnte von uns getrennt waren und jetzt vor unserer Tür stehen.

Ihr Freiheitswille hat den Stein ins Rollen gebracht, der uns Deutschen die Wiedervereinigung und Europa die Jahrhundertchance der Einheit brachte. Das macht die besondere geschichtliche Verpflichtung der Europäischen Union aus. Wir müssen unseren östlichen Nachbarn und Freunden bei ihrer langersehnten Rückkehr nach Europa beistehen! Erst wenn alte europäische Metropolen wie Prag, Warschau oder Budapest so selbstverständlich unserem Kreis angehören wie Paris, Kopenhagen oder Madrid, verdient unsere Union ihren Namen zu recht.

Worum geht es bis zur Jahrtausendwende konkret? Um eine gemeinsame Währung, Stärkung der gemeinsamen inneren und äußeren Sicherheit, Beginn von Beitrittsverhandlungen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie Maltas und Zypern, Neuregelung der Finanzen und Anpassung der Agrar- und Strukturpolitik. All diese Schritte zusammengenommen werden Europa in einem Ausmaß verändern, das nur mit dem Werk der Römischen Verträge vergleichbar ist.

Für unsere Regierungskonferenz haben wir uns jedoch aus guten Gründen auf einen klar begrenzten Bereich beschränkt: Handlungsfähigkeit und Bürgernähe der Union müssen so verbessert werden, daß die Union ihrer europäischen Verantwortung im kommenden Jahrzehnt gerecht werden kann. Deutschland verfolgt dabei folgende Ziele:

Erstens: Schaffung einer wirklich "Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik", das heißt größere Effizienz und Gemeinsamkeit, mehr Kontinuität und Sichtbarkeit nach außen. Ohne eine Ausdehnung von Mehrheitsentscheidungen wird dies nicht gehen. Die Entwicklung einer glaubhaften sicherheits- und verteidigungspolitischen europäischen Identität unter dem Dach des Bündnisses ist auch und gerade für das transatlantische Verhältnis unverzichtbar. Deshalb befürworten wir die schrittweise Integration der WEU in die EU.

Zweitens: Wirksamere Zusammenarbeit insbesondere bei der inneren Sicherheit, bei der Bekämpfung von internationaler Kriminalität, Terrorismus und Drogenkriminalität. Wo notwendig muß es eine Vergemeinschaftung geben. Hier geht es um die Akzeptanz Europas durch unsere Bürger.

Drittens: Schlankere Organe und straffere Entscheidungsmechanismen. Die Union mit 20 und mehr Mitgliedstaaten darf nicht zum bewegungsunfähigen Supertanker werden.

Viertens: Mehr Bürgernähe, Transparenz und demokratische Verankerung der Union. Die Schwierigkeiten bei der Ratifizierung des Maastrichter Vertrags sollten uns eine Lehre sein: Das gemeinsame Haus der Union darf nicht an den Vorstellungen seiner Bewohner vorbeikonstruiert werden. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente müssen stärker einbezogen und ihre Rolle gestärkt werden.

Ich erwarte, daß die jetzt gefundene Regelung für die Beteiligung des Europäischen Parlaments an dieser Konferenz großzügig angewandt wird. Wir dürfen alte Fehler nicht wiederholen und bei unseren Entscheidungen die gewählten europäischen Volksvertreter links liegen lassen. Das Subsidiaritätsprinzip muß konsequent umgesetzt werden; nur so behalten wir unsere Bürger mit an Bord, und nur so kann eine erweiterte Union überhaupt funktionieren.

Fünftens: Wir wollen diese Fortschritte gemeinsam mit allen Partnern in Europa erreichen. Niemand soll ausgeschlossen werden, aber Länder, die willens und dazu fähig sind, müssen im einheitlichen institutionellen Rahmen auch schneller voranschreiten können. Deshalb streben wir im Vertrag eine Flexibilitätsklausel an.

Meine Damen und Herren, Deutschland maßt sich bei der europäischen Einigung keine besondere Rolle an. Die Bundesregierung weicht ihrer Verantwortung aber auch nicht aus. Wir wollen sie im Sinne der Erfahrung unserer Geschichte wahrnehmen kompromißbereit und solidarisch, gegen einen Rückfall in nationalstaatliches Denken und nach vornegewandt für ein vereintes friedliches und zukunftsfähiges Europa. Europa kann weiter auf deutsche Unterstützung zählen!